

# BERLINER RUNDSCHAU

IN FREIER  
SELBSTBESTIMMUNG  
DIE EINHEIT  
UND FREIHEIT  
DEUTSCHLANDS  
VOLLENDET

20 Jahre  
Deutsche Einheit –  
Interview mit  
Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel

\* Auszug aus der am 3. Oktober 1990  
in Kraft getretenen Präambel des  
Grundgesetzes



**CDU-Chef  
Henkel**  
„Integrationsprobleme  
dürfen kein Tabu sein“

Seite 4-5



**Zu Guttenberg  
zu Besuch**  
Diskussion zur  
Wehrpflicht

Seite 8



**„Berlin in Arbeit“**  
CDU setzt Akzente in  
der Arbeitsmarkt -  
und Sozialpolitik

Seite 9

# DER WEG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

❖ 03. OKTOBER 1990 Nach über 40 Jahren Teilung ist Deutschland wiedervereignet. Helmut Kohl wird am 17. Januar 1991 zum ersten Bundeskanzler des vereinten Deutschlands gewählt.

❖ 12. SEPTEMBER 1990 Mit der Unterzeichnung des „Zwei-plus-Vier“-Vertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sowie den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion geben die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges Deutschland seine volle Souveränität zurück.

❖ 1. AUGUST 1990 Die Innenminister der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnen den Einigungsvertrag. Darin vereinbart ist unter anderem die Wahl Berlins zur Bundeshauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands.

❖ 23. AUGUST 1990 Die Volkskammer der DDR beschließt mit 294 Ja- und 62 Nein-Stimmen bei sieben Enthaltungen den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

❖ 01. JULI 1990 Nach Massenabwanderungen und immer lauter werdenden Forderungen aus der DDR-Bevölkerung tritt der von den Finanzministern der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnete Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft: Die DDR-Mark geht, die D-Mark kommt.

❖ 18. MÄRZ 1990 Die erste freie und zugleich letzte Wahl in der DDR findet mit einer Wahlbeteiligung von 93 Prozent statt. Die „Allianz für Deutschland“ aus Ost-CDU, Deutscher Sozialer Union und Demokratischem Aufbruch ist mit 48 Prozent eindeutiger Sieger. Lothar de Maizière (CDU) wird Ministerpräsident; Angela Merkel stellvertretende Regierungssprecherin.

❖ JANUAR 1990 Der Wunsch nach Wiedervereinigung rückt immer weiter in den Vordergrund - bei den Montagsdemonstrationen lautet die Parole nicht mehr „Wir sind das Volk“, sondern „Wir sind EIN Volk“ und „Deutschland, einig Vaterland“.

❖ 22. DEZEMBER 1989 Über 28 Jahre nach dem Mauerbau ist das Brandenburger Tor wieder zugänglich.

❖ 07. DEZEMBER 1989 Der erste „Runde Tisch“ aus Vertretern der alten und neuen DDR-Parteien, Gewerkschaft, Kirchen und Bürgerbewegungen beschließt die Auflösung der Stasi und die ersten freien Wahlen zur DDR-Volkskammer.

❖ 28. NOVEMBER 1989 In einer Rede vor dem Deutschen Bundestag stellt Bundeskanzler Kohl sein Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vor.

❖ 13. NOVEMBER 1989 Durch die Ernennung des Reformkommunisten Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrates versucht die SED, ihre Stellung zu retten.

❖ 09. NOVEMBER 1989 Nach Massenprotesten und unzähligen Fluchten in den Westen gibt das Politbüro-Mitglied Günter Schabowski die neuen Reiseregeln für DDR-Bürger bekannt, die auf Nachfrage „ab sofort“ gelten sollen. Die Berliner Mauer fällt.





## DER BRANDBRIEF-SENATOR

Ein Mann hat den falschen Job: Schulsenator Jürgen Zöllner sollte Feuerwehrsensator sein. Niemand bekommt so viele Brandbriefe. Den bekanntesten gleich zu seinem Einstand 2006 von der Rütli-Schule in Neukölln. Den jüngsten von über 1000 Lehrerinnen und Lehrer von mehr als 50 Schulen aus mehreren Berliner Bezirken. Inhalt immer: Es brennt. Egal in welcher Schulform oder Altersstufe. Jeder fünfte Zweitklässler ist Sitzbleiber. Haupt- und Realschulen heißen jetzt „Sekundarschulen“ und werden gemeinsam mit den Gymnasien kaputtgespart. Eltern spionieren sich gegenseitig bei der Jagd nach Schulplätzen aus, weil diese an guten Schulen rar sind. Kein Wunder, dass nicht einmal der Regierende Bürgermeister nach eigener Aussage seine Kinder auf eine öffentliche Schule in Kreuzberg schicken würde, wenn er welche hätte.

Der aus Rheinland-Pfalz abgeworbene Supersensator ist ein Rohrkrepiierer. Das ergibt jede Ländervergleichsstudie. PISA, IGLU, VERA und wie sie alle heißen: Berlin landet immer auf einem der letzten Plätze. Während die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sich in ganz Deutschland verringert, stagniert sie in Berlin. Lehrern wurden riesige Gehaltserhöhungen versprochen, aber nie gezahlt. Um aktuelle Gehaltserhöhungen bei Neueinstellungen wird sich mit Tuschenspielertricks herumgemogelt. Zöllners zynischer Trost: Nach der Schule wird es für seine Schützlinge auch nicht besser. In Berlin warten auf 100 Schulabgänger gerade mal 93,9 Ausbildungsplätze, ein einsamer letzter Platz unter den Bundesländern.

# Bildung muss wieder konkurrenzfähig werden

Im Jahr 2015 scheiden in Berlin rund 1.300 Lehrer aus dem Schuldienst aus, sie werden pensioniert. Gleichzeitig werden an den Berliner Universitäten aber nur 1.000 Lehrer ausgebildet, zu wenig um die Lücke zu schließen. Schon heute fehlen zum Schuljahresbeginn immer wieder Hunderte von Lehrern. Der Bildungssenator musste in der vergangenen Woche einräumen, dass an 40 Oberschulen Klassen vergrößert und zusammengelegt werden mussten, weil so viele Lehrer fehlten, das führt wiederum zu Mehrbelastung der verbliebenen Kollegen. Mittlerweile sind 1.200 Lehrer dauerhaft und die Zahl steigt stetig.

Das liegt auch an der schlechteren Bezahlung, der Nichtverbeamtung und den besonderen Herausforderungen an den Berliner Schulen. „Wir müssen gegenüber den anderen Bundesländern wieder konkurrenzfähig werden“, mahnt der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, und ergänzt, „deshalb führt an der Verbeamtung kein Weg mehr vorbei“. Tatsächlich ist Berlin fast allein mit seinem Ver-

beamtungsstopp, die westlichen Bundesländer verbeamteten alle und ziehen Hunderte von Lehrern ab, die in Berlin teuer ausgebildet wurden. 2004 waren sich noch alle Parteien einig, die Verbeamtung in Berlin zu stoppen, aber kaum ein anderes Bundesland zog mit.

Die Verbeamtung allein wieder einzuführen wird aber nicht reichen, deshalb fordert die CDU auch den Einstellungstermin deutlich vorzulegen, Studenten mit Bestnoten immer zu übernehmen und die Referendare an ihrer Schule zu belassen wenn dort Bedarf entsteht. „Wir müssen endlich den Schülern, Eltern und Lehrern das Signal geben, dass wir sie nicht allein lassen, jede einzelne Schule muss künftig mit 100 Lehrern ausgestattet sein. Wenn es eine Schulpflicht gibt, muss es auch eine Unterrichtsgarantie geben“, fordert der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Sascha Steuer. Gerade angesichts der Schulreformen der letzten Jahre brauchen die Schulen junge und motivierte Lehrkräfte.

## DOKUMENTATION: SO ROT IST GRÜNE SCHULPOLITIK

Redeauszüge des bildungspolitischen Sprechers der Grünen im Abgeordnetenhaus Özcan Mutlu beweisen: die Grünen sind gegen die Gymnasien, gegen Sitzbleiben, gegen Probezeiten an Schulen, gegen Bildungsempfehlungen, aber für die Gemeinschaftsschule und für das jahrgangsübergreifende Lernen:

„Im Grunde brauchten wir eine **zehnjährige gemeinsame Schule** für alle. Dies lässt sich leider gegenwärtig hierzulande nicht realisieren. Doch aber einen kleinen Schritt in diese Richtung hätten Sie (Rot-Rot, Anm. d. Red.) durchaus gehen können.“ (Plenardebatte v. 15. Januar 2004)

„Wir brauchen ein integratives Schulsystem, in dem Demokratie und soziales Verhalten gelernt und gelebt werden. Wir brauchen keine Einheitschule, sondern eine **Gemeinschaftsschule** nach skandinavischem Vorbild, in der alle Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zu einer neuen integrativen Schulform ist ein erster richtiger Schritt dorthin.“ (Plenardebatte v. 8. Juni 2006)

„Wir **unterstützen die Schulanfangsphase**, und wir unterstützen auch das **jahrgangsübergreifende Lernen**.“ (Plenardebatte v. 1. Februar)

„... Deshalb wäre es richtig und konsequent zu

sagen: **Wir beschäftigen uns hiermit, wir schaffen das Probehalbjahr generell ab. Wir schaffen das Sitzbleiben generell ab. Wir schaffen die Bildungsempfehlung generell ab...**“ (Plenardebatte v. 10. April 2008)

„Sie (Rot-Rot, Anm. d. Red.) wissen:

**Wir haben große Sympathien für diese Reform...**

Aber unsere Sympathie geht nicht so weit, dass wir das mit einer Zustimmung unterfüttern.... Hier wurde mehrmals das Stichwort Gleichwertigkeit bemüht – auch Elternwahlrecht und Ähnliches. Zur Gleichwertigkeit sage ich Ihnen Folgendes: Wenn auf dem Gymnasium das Probejahr weiterhin möglich ist – jetzt sechs Monate, in Zukunft zwölf Monate –, wenn auf dem Gymnasium Sitzbleiben weiterhin möglich ist, dann kann von Gleichwertigkeit nicht mehr die Rede sein....“ (Plenardebatte v. 14. Januar 2010)



# Henkel: „Integrationsprobleme

**BR:** Herr Henkel, Deutschland diskutiert seit Wochen über die Integrationsthesen von Thilo Sarrazin. Wie lautet Ihre Einschätzung dazu?

Unabhängig davon, wie man zu Sarrazins Buch im Einzelnen steht, so müssen wir doch eines festhalten: Er hat eine wichtige Debatte provoziert, die man nicht einfach wieder ersticken darf. Ob er sich mit jeder These einen Gefallen getan hat, sei mal dahingestellt. Aber 85 Prozent von dem, was Sarrazin aufschreibt, sprechen wir schon seit Jahren an. Das ist nicht neu. Aber es wird auch nicht falsch, nur weil es Herr Sarrazin sagt. Insofern sollte man mit der öffentlichen Schwarz-Weiß-Malerei aufhören. Einige seiner Thesen, insbesondere zur Genetik, halte ich für geradezu absurd. Aber die Politik darf sich dieser Auseinandersetzung nicht entziehen, und das werden wir auch weiterhin nicht tun.

**BR:** Die SPD will Sarrazin jetzt für seine Thesen ausschließen. Können Sie das nachvollziehen?

Ich halte es für gefährlich, wenn bei den Menschen der Eindruck entsteht, man dürfe bestimmte Missstände in unserem Land nicht mehr ansprechen. Man sollte nicht jeder Kritik an Integrationsdefiziten und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen immer sofort mit dem Rassistensreflex begegnen. Es gibt Debatten, die müssen wir in unser aller Interesse führen, und die müssen wir auch aushalten. Ich habe eben deutlich gemacht, dass ich Sarrazins biologischen Teil nicht zustimme. Aber in anderen Bereichen trifft er ins Schwarze, und das lässt sich mit Zahlen gut unterfüttern. Insofern bin ich gespannt, wie die SPD den Ausschluss im Detail begründet. Das Benennen von Fakten kann sicher kein Ausschlussgrund sein.



Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner Rundschau zur

René Stadtkewitz hat im Juli in einer großen Boulevardzeitung verkündet, er lote die Gründung einer neuen Partei aus. Das hat uns zum Handeln gezwungen. Wer öffentlich mit einer Konkurrenzpartei liebäugelt, der muss auch so ehrlich sein, die Konsequenzen zu tragen. Um Inhalte können wir hingegen leidenschaftlich ringen; das haben wir zum Beispiel bei unserem Integrationsprogramm getan. Das macht eben eine Volkspartei aus.

**BR:** Wie wird sich denn die Union in der anhaltenden Integrationsdebatte positionieren?

Es gibt einen Weg der Vernunft, der zwischen Sarrazin und linken Multi-Kulti-Träumereien liegt. Sarrazin liegt in seiner Analyse häufig richtig, aber er zeigt keine Lösungen auf. Auch in seiner Zeit als Berliner Finanzsenator hat er in dieser Hinsicht nichts bewegt oder thematisiert, da schien ihm seine Pension offenbar wichtiger zu sein. Die drei linken Parteien SPD, Grüne und Linkspartei bieten allesamt keinen vernünftigen Ansatz. Wer sich wie die Grünen für ein kommunales Ausländerwahlrecht, für die doppelte Staatsbürgerschaft und einen Ausverkauf der deutschen Pässe ein-



**BR:** Die CDU-Fraktion hat kürzlich den Abgeordneten Stadtkewitz aus ihren Reihen ausgeschlossen. Hätte man dann nicht auch hier anders handeln müssen?

# dürfen kein Tabu sein“



Frank Henkel nimmt im Interview mit aktuellen Integrationsdiskussion Stellung

setzt, der verschärft die Probleme noch, anstatt sie zu lösen.

**BR:** Worauf legt die Union konkret Wert?

Wir haben in unserem Integrationsprogramm klar formuliert, was wir erwarten und einfordern. Wer sich hier einbringen will, wer Leistungsträger statt Leistungsempfänger sein möchte, den werden wir auch unterstützen. Im Umkehrschluss gilt aber auch: Unsere Gesellschaft und unsere Sozialsysteme sind nicht unendlich strapazierbar. Ebenso wenig wie unsere Geduld mit

denjenigen, die sich sämtlichen Integrationsbestrebungen verweigern.

**BR:** Wo sehen Sie die größten Herausforderungen?

Ich denke, wir haben ein doppeltes Problem. Wenn wir uns anschauen, wie sich einige Kieze negativ verändert haben, dann muss man akzeptieren, dass sich viele Menschen allein gelassen oder nicht mehr heimisch fühlen. Das liegt auch an vielen Problemen, die mit einer gescheiterten Integration einhergehen. Es ist kein Geheimnis,

*Es gibt Debatten, die müssen wir in unser aller Interesse führen, und die müssen wir auch aushalten.*

dass der Anteil von Migranten in der Kriminalstatistik, in der Intensivtäterdatei und in unseren Gefängnissen überproportional hoch ist. Diese Probleme verschwinden nicht, bloß weil man sie wegschweigt. Andererseits fühlen sich viele Migranten, die in unserer Gesellschaft angekommen sind, nicht wertgeschätzt oder mit denjenigen in einen Topf geworfen, die sich nicht integrieren wollen. Auch das schadet uns. Umso wichtiger ist es, dass wir einen Gemeinsinn zwischen Einheimischen und integrationswilligen Zuwanderern stiften, wie wir es in unserem Programm vorgeschlagen haben.

**BR:** Ein anderes Thema: Teilen Sie den von einigen Polit-Kommentatoren formulierten Eindruck, die CDU würde sich zu wenig um konservative Wählerschichten kümmern?

Der konservative Flügel steht für mich gleichberechtigt neben dem christlich-sozialen und dem liberalen Element der Union. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Flügel auch in Zukunft lebendig schlägt. Dazu zählt zum Beispiel, dass wir die Themen Kriminalität und Verwahrlosung in unserer Stadt weiterhin auf der Tagesordnung halten. Der New Yorker Ex-Bürgermeister Rudolph Giuliani hat gezeigt, wie man mit einer konsequenten Ordnungs- und Sicherheitspolitik positive Ergebnisse erzielen kann. Manchmal geht es um kleinere Dinge - erpresserische Autoscheibenputzer, Bettelbanden, herumlungernde Jugendliche, verwahrloste Plätze -, die schnell zu großen gesellschaftlichen Herausforderungen anwachsen können. Was in Berlin momentan passiert, sind alles Anzeichen für eine Politik, die sich nicht mehr kümmert. Dem werden wir uns als Union entgegenstellen.

## POSITIONEN ZUR INTEGRATION

Abseits der Verharmlosungen und auch Übertreibungen, die die Integrationsdebatte häufig begleiten, gibt es eine Reihe von wichtigen Fakten. Die Analysen und Antworten darauf hat die CDU Berlin in ihrem Integrationskonzept „Gemeinsinn und Leistung“ zusammengefasst:

**Im Interesse einer gelungenen Integration wollen wir uns nicht einfach damit abfinden, dass ...**

... in unserer Stadt mehr als 30% der Menschen mit Migrationshintergrund arbeitslos sind und zwei Drittel der armutsgefährdeten Familien eine Zuwanderungsgeschichte haben.



... fast jede(r) Fünfte 25- bis 65-Jährige mit Zuwanderungsgeschichte keinen Schulabschluss hat und der Anteil der Schulabbrecher hier bei 16,5% liegt.

*Der Mitautor des Integrationspapiers, Burkard Dregger*

... in Berlin 79% der sogenannten Intensivtäter Jugendliche und Heranwachsende mit Zuwanderungshintergrund sind und sich die Polizei in manche Gegenden nicht mehr hineintraut.

**Unser Ziel ist ...**

... dass Zuwanderer Leistungsträger und nicht Leistungsempfänger werden. Wir fördern ihren Aufstieg, fordern aber auch mit Nachdruck, dass sie sich anstrengen.

... eine gute Bildung für jedes Kind – egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund – mit frühzeitiger Sprachförderung und ganztägigen Betreuungsangeboten.

... eine konsequente Durchsetzung der Schulpflicht auch beim Schwimm- und Sportunterricht – notfalls durch Streichung staatlicher Leistungen an die Eltern.

... eine nachhaltige Kriminalitätsbekämpfung, beispielsweise durch Ausweitung des „Neuköllner Modells“ auf ganz Berlin.

... dass alle Zuwanderer Deutsch lernen und sich mit Deutschland und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung identifizieren.

Nähere Infos unter [www.cduberlin.de](http://www.cduberlin.de)

„Nach vierzig Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht. Und es gibt wichtigere Fragen der deutschen Politik in Europa.“

*Gerhard Schröder (SPD) wenige Monate vor dem Mauerfall – BILD, 12. Juni 1989*

„Die Wiedervereinigung ist die Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.“

*Willy Brandt (SPD), 1984*

„Reaktionär und hochgradig gefährlich“.

*Gerhard Schröders (SPD) Bewertung einer auf Wiedervereinigung gerichteten Politik – Hannoversche Allgemeine Zeitung, 27. September 1989*

„Wiedervereinigung wäre eine Rückkehr zum Alten. Jetzt wird aber ein Zukunftsmodell gebraucht.“

*Johannes Rau (SPD) drei Wochen nach dem Mauerfall – Süddeutsche Zeitung, 30. November 1989*

„Die vom Parteivorstand und der Bundestagsfraktion bekräftigten Positionen, nämlich [...] eine Ablehnung des leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgeredes, finden auch außerhalb der SPD mehr und mehr Zustimmung ...“

*Hans-Jochen Vogel als Partei- und Fraktionschef der SPD im Bericht vor der Fraktion, 03. Oktober 1989*

„Welch ein historischer Schwachsinn!“

*Oskar Lafontaine (damals SPD) zur Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO beim SPD-Parteitag in Berlin, 18. Dezember 1989*

„Ein wiedervereinigtes Deutschland wäre für unsere Nachbarn [...] nicht akzeptabel. Das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz wäre in seiner Konsequenz ein Unglück für das deutsche Volk. Ich kann mir nicht vorstellen, welchen Vorteil die Deutschen aus einer Wiedervereinigung hätten.“

*Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) – Bunte, 27. Juli 1989*

„Wir dürfen die europäische Nachkriegsordnung nicht in Frage stellen und müssen weiterhin von der Zweistaatlichkeit Deutschlands und auch von der Angehörigkeit zu verschiedenen Militärblocken ausgehen.“

*Walter Momper (SPD) – Die Tageszeitung, 30. August 1989*

„Eine europäische Friedensordnung wird es [...] nur mit zwei gleichberechtigten [...] Staaten geben können, die ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen.“

*Berliner Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und AL, 13. März 1989*

„Lasst uns um alles in der Welt aufhören, von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen.“

*Egon Bahr (SPD) – Bild am Sonntag, 01. Oktober 1989*

„Mit Parteigründungen durch kleine Gruppen kann in der DDR jetzt gar nichts bewegt werden. Wichtig ist, dass sich der Reformdruck in der Bevölkerung und in Teilen der SED endlich in der Spitze der Staatspartei durchsetzt. Denn die SED hat in der DDR tatsächlich die Macht und wird sie in absehbarer Zeit behalten.“

*Walter Momper (SPD), angesprochen auf die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR, die dann knapp einen Monat später erfolgte – Die Tageszeitung vom 30. August 1989*

# „Die Kraft und in Erinnerung

**Frau Bundeskanzlerin, was empfinden Sie angesichts des 20. Jahrestags der Deutschen Wiedervereinigung?**

Der Historiker Fritz Stern hat über die Wiedervereinigung Deutschlands einmal geschrieben: „Die Deutschen haben das seltenste aller historischen Geschenke erhalten, eine zweite Chance“. Heute können wir Deutschen in diesem Jahr zwanzig Jahre Einigkeit und Recht und Freiheit feiern. Wir können eine der besten Verfassungen der Welt und ganz sicher die beste feiern, die wir in Deutschland je hatten. Wir leben in Freiheit und sind umgeben von Freunden, die ebenfalls in Freiheit leben. Das hat es noch nie gegeben. Da wird mir immer wieder warm ums Herz.

**Helmut Kohl hat den Deutschen in der DDR damals blühende Landschaften versprochen. Ist dieses Versprechen aus Ihrer Sicht eingehalten worden?**

Werfen Sie doch einmal einen Blick auf den Zustand Ostdeutschlands vor zwanzig Jahren und heute: Damals stand die DDR kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Die Infrastruktur war in weiten Teilen dem Verfall überlassen, Natur und Umwelt waren in einem desolaten Zustand. Heute gehören die dortige Verkehrsinfrastruktur und Telekommunikation zu den modernsten der Welt. Die Umwelt ist sauberer geworden, die Gesundheitsversorgung hat sich verbessert. Ein fester Kern international wettbewerbsfähiger Unternehmen ist mit neuen und innovativen Produkten erfolgreich und sichert so Arbeitsplätze. Im Bildungsbereich, beim Bürokratieabbau und im Zusammenwirken von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik haben die neuen Länder und ihre Bürger eine Vorreiterrolle übernommen. Das alles gilt vor allem für Länder, in denen die CDU in den vergangenen zwei Jahrzehnten maßgeblich Verantwortung getragen hat.

**Ministerpräsident Platzeck sprach kürzlich vom „Anschluss“ der DDR durch die Bundesrepublik vor zwanzig Jahren. Was sagen Sie dazu?**

Ich halte diese Sicht der Dinge für falsch und gefährlich, weil sie West- und Ostdeutsche gegeneinander ausspielt. Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ist ein unvorstellbares Glück.

**Auch heute gibt es Stimmen, die das DDR-Unrecht verharmlosen.**

Das ist inakzeptabel. Für mich und die gesamte CDU ist klar: Es darf keine Verharmlosung des SED-Unrechts mitsamt der Stasi-Spitzelei geben. Mehr noch: Das Wachhalten der Erinnerung an das DDR-Unrecht muss weitergehen, gerade auch hier in Berlin. Die Gedenkstätte in Hohenschönhausen beispielsweise leistet hierzu einen hervorragenden Beitrag.

**Am 2. Oktober jährt sich auch der Wiedervereinigungsparteitag der CDU zum 20. Mal. Die CDU wird dieses Ereignis am 1. Oktober hier in Berlin feiern.**

Ich freue mich sehr, dass Helmut Kohl bei dieser Feierstunde als Ehrengast zu uns sprechen wird. Die Vollendung der Deutschen Einheit ist untrennbar mit seinem Wirken verbunden. Helmut Kohl hat immer in großen

# Leidenschaft von damals „rufen und nutzen“



**Interview mit der Parteivorsitzenden  
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
mit der Berliner Rundschau**

geschichtlichen Zusammenhängen gedacht. Nur so konnte er tiefes Vertrauen zu unseren Nachbarn und Partnern aufbauen.

**Gibt es etwas, was Ihnen im zwanzigsten Jahr der Deutschen Einheit besondere Sorgen macht?**

Die Menschen haben damals in Deutschland mit viel Überzeugung, Energie und Tatendrang die Freiheit erkämpft und den Weg der Einheit gemeinsam beschritten. Ich sorge mich manchmal, dass unser Elan, für die Art und Weise einzutreten, wie wir leben wollen, etwas erlahmt. Denn: Wenn wir darin erlahmen, werden wir auch in unserem Wohlstand und in unserem Erfolg erlahmen. Deshalb müssen wir uns etwas von der

Kraft und der Leidenschaft, die wir damals für die Freiheit, die Demokratie und ihre Gestaltung aufgebracht haben, in Erinnerung rufen und sie weiter nutzen.

**Der Blick in die Zukunft verspricht viel Arbeit...**

Ja, vor uns liegen große Herausforderungen. Und bei deren Bewältigung geht es überhaupt nicht um die Frage, ob einer aus dem Westen oder aus dem Osten kommt. Es geht darum, ob jemand gute Vorschläge und sein Können einbringt. Nur dies bringt uns gemeinsam weiter.

Frau Bundeskanzlerin, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Liebe Landsleute!

In wenigen Stunden wird ein Traum Wirklichkeit. Nach über vierzig bitteren Jahren der Teilung ist Deutschland, unser Vaterland, wieder vereint. Für mich ist dieser Augenblick einer der glücklichsten in meinem Leben (...).

An einem solchen Tag richten wir unseren Blick nach vorn. Doch bei aller Freude wollen wir zunächst an jene denken, die unter der Teilung Deutschlands besonders zu leiden hatten. Familien wurden grausam auseinander gerissen. In den Haftanstalten waren politische Gefangene eingekerkert. Menschen starben an der Mauer.

Das alles gehört glücklicherweise der Vergangenheit an. Es soll sich niemals wiederholen. Deshalb dürfen wir es auch nicht vergessen. Wir schulden die Erinnerung den Opfern. (...)

Aus dem gleichen Grunde vergessen wir auch nicht, wem wir die Einheit unseres Vaterlandes zu verdanken haben. (...) Wann je hatte ein Volk die Chance, Jahrzehnte der schmerzlichen Trennung auf so friedliche Weise zu überwinden? In vollem Einvernehmen mit unseren Nachbarn stellen wir die Einheit Deutschlands in Freiheit wieder her. Wir danken unseren Partnern, wir danken unseren Freunden. (...)

Dass dieser Tag schon jetzt kommt, ist besonders jenen Deutschen zu verdanken, die mit der Kraft ihrer Freiheitsliebe die SED-Diktatur überwinden. Ihre Friedfertigkeit und ihre Besonnenheit bleiben beispielhaft. (...) Ich bitte alle Deutschen: Erweisen wir uns der gemeinsamen Freiheit würdig. Der 3. Oktober ist ein Tag der Freude, des Dankes und der Hoffnung. (...)

Wir wissen, dass unsere Freude von vielen Menschen in der Welt geteilt wird. Sie sollen wissen, was uns in diesem Augenblick bewegt: Deutschland ist unser Vaterland, das vereinte Europa unsere Zukunft. Gott segne unser deutsches Vaterland.



Auszug aus der Fernseh- und Hörfunkansprache des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl (CDU) vom 2. Oktober 1990

# Zu Guttenberg Gast bei der CDU Berlin

## Diskussion zur Zukunft des Wehrdienstes



CDU dankte „Der „Wahlberliner“ aus Oberfranken“ abschließend mit einem Eintrag in das Gästebuch (Foto unten) für „eine inspirierende, großartige Diskussion“.

Der Landesvorsitzende Frank Henkel erklärte im Anschluss gemeinsam mit seinem Stellvertreter Thomas Heilmann, die Berliner Union unterstütze mehrheitlich das Grundkonzept des Ministers. Dabei müsse der Wehrdienst im Grundgesetz und Wehrdienstgesetz beibehalten werden. Die CDU-Politiker: „Wir können es uns zum Glück nicht vorstellen, dass uns eine bedrohliche Macht einmal näher kommt. Die Geschichte hat uns aber schon manche unerwartete Wendung gebracht.“

Gleichzeitig sprachen sich der CDU-Chef und sein Vize für einen dualen Dienst aus. „Die Wehrpflicht hat für unsere Gesellschaft sehr viel geleistet. Ihr Wegfall verlangt ein neues gesellschaftspolitisches Instrument zur Verankerung der Soldaten in der Gesellschaft. Alle Soldaten sollen eine Zweitqualifikation bekommen, die sie befähigt, in den öffentlichen Dienst oder die Privatwirtschaft zu wechseln. Das macht den Dienst in der Bundeswehr attraktiver und stellt sicher, dass die Bundeswehr eine Bürgerarmee bleibt.“

Henkel kündigte an, dass die Berliner CDU ihre Position in einem Antrag auf dem Bundesparteitag im November 2010 einbringen wird. Der Bundesminister habe seine Sympathie zu der Idee des dualen Dienstes erklärt.

Zu den aktuellen Fragen um die Aussetzung der Wehrpflicht und die Reform der Bundeswehr fand Ende September ein Informationsgespräch des Landesvorstandes der Berliner CDU mit dem Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg statt. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende Frank Henkel hatte zu diesem Gespräch auch Vertreter aus den Vorständen der Kreis- und Ortsverbände eingeladen.

Der Minister machte seine Position gleich zu Beginn mit den Worten deutlich: „Eine Bundeswehr nach Kassenlage darf es nicht geben“. Bei den Aufgaben, welche die Bundeswehr in den kommenden Jahren zu lösen hat, sei es nach seinen Worten jedoch kaum möglich,

Wehrpflichtige einzusetzen. „Wir müssen uns auch die Frage stellen: Was bieten wir jenen, die zu uns kommen und zu uns kommen wollen und die für den unglaublich wichtigen Aspekt der Bindung zwischen Gesellschaft

und Bundeswehr stehen?“, so zu Guttenberg. Er sei deshalb für eine Aussetzung der Wehrpflicht. Eine Sorge der Berliner Unionsfreunde formulierte in der Diskussion die 21-jäh-

rige Offiziersanwärterin Nora Bach-Sliwinski (kleines Foto links), die sich in ihrer Frage nach einem besseren Erscheinungsbild und der zukünftigen Rolle der Bundeswehr in der Öffentlichkeit erkundigte. Zu Guttenberg nannte die Reform eine Chance dafür und sprach sich dafür aus, dass es wieder normal werde, wenn Soldatinnen und Soldaten in Uniform auf der Heimfahrt in den Zügen zu sehen seien. Dabei mitzutun sei auch eine Aufgabe für CDU und CSU als „Parteien der Bundeswehr und der inneren und äußeren Sicherheit“. Der Berliner



# BERLIN IN ARBEIT

## Berliner CDU setzt starke Akzente in der Berliner Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Berlin – das ist die deutsche Hauptstadt, das Aushängeschild der Bundesrepublik im Ausland, ein beliebter Touristenmagnet. Berlin, das ist aber auch die Hauptstadt der Sozialleistungen, das Bundesland mit den höchsten Arbeitslosen- und Hartz-IV-Zahlen und Bezieher von Milliardensummen aus dem Finanzausgleich der Bundesländer. Der Grund dafür ist einfach zu beschreiben: Ein nicht unerheblicher Teil der Menschen in Berlin ist für seinen Lebensunterhalt auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Aktuell beträgt die Arbeitslosenquote in Berlin 13,7%, das ist die höchste aller Bundesländer in Deutschland. Noch dramatischer sind die Zahlen für die Bezieher von Leistungen nach dem SGB II, dem so genannten „Hartz IV“: Mit 18,1% führt Berlin die deutschen Länder unangefochten und mit weitem Abstand an.



Breite Diskussion zum Arbeitsmarktpapier auf einer der Regionalkonferenzen

Die Berliner CDU will sich damit als „Status quo“ nicht zufrieden geben, so die Maßgabe des Landesvorsitzenden Frank Henkel. Deshalb wurde das Thema „Berlin in Arbeit“ zum Motto des 7. Kleinen Landesparteitages, der am 30. September 2010 im Wilhelm-Leuschner-Saal im DGB-Haus an der Keithstraße unter Beteiligung von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen stattfindet.

Im Gegensatz zur Wovoreitschen Gleichgültigkeit mit dem Credo „arm aber sexy“ will die Union die wirklichen Probleme der Stadt angehen. Ein wichtiger Schritt: allen Menschen sollen Chancen eröffnet und keiner zurückgelassen werden. Denn Erwerbsarbeit ist nach den Vorstellungen der CDU mehr als Sicherung des Lebensunterhalts und Daseinsvorsorge. Arbeit bestimmt das menschliche Wesen grundlegend, sie ist ein Medium gesellschaftlicher Anerkennung und das zentrale Instrument gesell-

schaftlicher Teilhabe. Das oberste Ziel soll es dabei sein, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Im Gegensatz zum rot-roten Senat, der den öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) und damit den zweiten und dritten Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt stellt, will die CDU nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum initiieren. Die in Berlin nach der Wende weggefallenen und von Rot-Rot völlig vernachlässigten Beschäftigungsmöglichkeiten in der Industrie müssen wieder etabliert werden. Das geht heute natürlich nur mit modernen Technologien und Innovationen – ein Feld, das in Berlin ebenfalls sträflich vernachlässigt wurde.

Berlins CDU-Generalsekretär Bernd Krömer fasst dies wie folgt zusammen: „Mit einer klugen und gezielten Wirtschaftspolitik wollen wir den Jobmotor unter anderem in den Bereichen Elektromobilität, Information- und Kommunikationstechnik sowie in der Gesundheit zum Laufen bringen. Dadurch entsteht eine zusätzliche Wertschöpfung, die die Stadt dringend braucht.“

Trotzdem wird das große Problem der Langzeitarbeitslosen nicht kurzfristig zu lösen sein. Die Berliner CDU findet sich aber mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit nicht ab und hat sich als

Ziel gesetzt, neben den bundeseinheitlichen Förderinstrumenten eigene, berlinspezifische Instrumente zu entwickeln. Dabei kann Berlin von anderen internationalen Großstädten lernen: New York oder Rotterdam mit seinem Erfolgsprojekt „Werkland“ machen vor, wie man schwer vermittelbare, ungelernete oder gering qualifizierte Arbeitslose in großer Zahl wieder in Beschäftigung bringen kann.

Bernd Krömer, der mit Elke Hannack, Prof. Dr. Niels Korte, Kai Wegner und vielen anderen ein Konzept entwickelt hat, sagt: „Die allergrößte Zahl der ALG-II-Bezieher will arbeiten und leistet ihren Beitrag durch Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen und eine aktive Arbeitsplatzsuche. Auf jene muss unser Hauptaugenmerk gerichtet sein, ohne die anderen aus dem Blickfeld zu nehmen. Diesen Menschen muss in kleinen Schritten gesellschaftliche Teilhabe wieder möglich gemacht werden.“

Die umsichtige Politik der CDU-geführten Bundesregierung während der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt große Erfolge. Wie Wirtschaftsexperten bestätigen, ist kein anderes Land so gut aus der Krise gekommen wie Deutschland. Ein kleines Wirtschaftswunder bahnt sich an:

- Die Arbeitslosigkeit sinkt im Eiltempo, bereits im Oktober 2010 soll die Zahl der Erwerbslosen unter 3 Millionen fallen. Für 2011 werden dauerhaft weniger als 3 Millionen Arbeitslose erwartet - so wenig wie seit 1992 nicht mehr.
- Die deutsche Wirtschaft wuchs von April bis Juni 2010 um 2,2 % - das größte Plus seit der Wiedervereinigung.
- Im nächsten Jahr haben 40,63 Millionen Menschen in Deutschland einen Job - der höchste Stand seit 20 Jahren.



Generalsekretär  
Bernd Krömer

### Das 5-Punkte-Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit

- *Begleitung und Unterstützung durch Coaches*  
Jedem Teilnehmer eines solchen Programms wird ein persönlicher „Coach“ an die Seite gestellt, der eine tägliche Betreuung des Betreffenden sicherstellt.

- *Vergabe der Arbeitsvermittlung an freie Träger*

In einer ersten Phase werden Langzeitarbeitslose von freien Trägern eingestellt und beschäftigt; von hier aus erfolgt eine Vermittlung an Firmen, Kirchen, Vereine, Kitas usw. Die jeweiligen Unternehmen beteiligen sich an den Kosten.

- *Qualifizierung schafft Perspektiven*  
Für eine zielgenaue Qualifizierung müssen sich JobCenter und Coaches eng abstimmen, damit der Betreffende besser auf spezielle Anforderungen vorbereitet wird.

- *Gesundheitsförderung ausbauen*  
JobCenter und bezirkliche Gesundheitsämter, Krankenkassen und Rentenversicherungsträger müssen vernetzt werden, um evtl. vorhandene gesundheitliche Probleme effektiv lösen zu können.

- *Jede Familie muss eine Perspektive auf ein auskömmliches Einkommen haben*

Mindestens ein Erwachsener pro Familie soll einen Arbeitsplatz bekommen können. Alleinerziehenden werden neben Jobangeboten auch Betreuungspunkte vermittelt.





# Mehr Flugzeuge ohne Flughafen?

Besonders günstige Beiträge für CDU-Mitglieder



# HDI

HDI Versicherungen

## Sparen Sie Geld!

■ **Das Angebot exklusiv für CDU Mitglieder:**

- Warum sparen Sie Geld bei HDI?
- CDU Mitglieder handeln verantwortungsvoll. Das belohnt HDI mit besonders günstigen Preisen
- Starkes Preis-Leistungs-Verhältnis: HDI arbeitet günstig als Direktversicherer
- Schnelle und unbürokratische Hilfe im Schadensfall
- Kombi-Sparbeiträge: Beitragsersparnis für Mitglieder bis 27 %

Telefon 0180 2 703703\*  
Telefax 030 3204-455

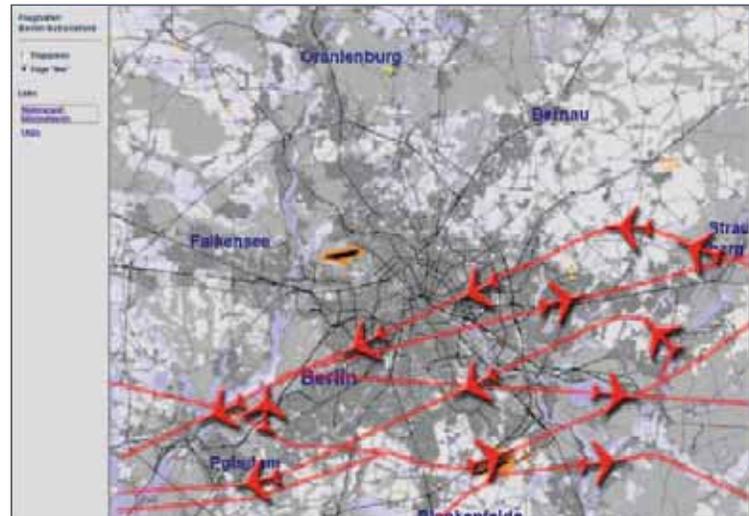
\*6 Ct. pro Anruf aus dem Festnetz der Dt. Telekom, abweichende Preise aus Mobilfunknetzen möglich.

HDI  
Niederlassung Berlin  
Stichwort: „CDU“  
Krausenstraße 9-10  
10117 Berlin

**Kein Flughafen mehr in Berlin, dafür aber mehr Flugverkehr? Nach den kürzlich vorgestellten Planungen der Deutschen Flugsicherung (DFS) zu den Flugrouten vom und zum neuen Großflughafen BBI werden nach der Schließung des Flughafens Tegel weite Teile des Berliner Stadtgebietes, insbesondere im Süden der Stadt, von Fluglärm betroffen sein.**

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, und der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Oliver Friederici, sehen aber hoffnungsvolle Signale

aus dem Bundesverkehrsministerium für die Berlinerinnen und Berliner, während zugleich der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit massiv in der Kritik steht. Die CDU-Politiker betonen: „Wir begrüßen die positiven Aussagen des Bundesverkehrsministeriums zu den bisherigen BBI-Flugrouten. Es wäre schön, wenn sich auch der Regierende Bürgermeister endlich öffentlich dazu erklären würde. Die zusätzliche Belastung durch die neuen DFS-Pläne ist keinesfalls im Interesse der Stadt. Es wäre ein denkbar schlechtes Geschäft, alle innerstädtischen Flughäfen zu verlieren und gleichzeitig neuen Belastungen ausgesetzt zu sein.“ Der Senat solle dabei auch aufpassen, dass er sich nicht lächerlich mache. In der Wahlbroschüre zum Volksentscheid über Tempelhof hatte Rot-Rot noch erklärt: „Die Wahl des stadtnahen Standortes Schönefeld für den künftigen Flughafen BBI [...] rechtfertigt sich auch juristisch erst durch die Entlastung der innerstädtischen Bevölkerung von Lärm, Umweltbelastung und Sicherheitsrisiken [...]“. Umso sonderbarer mute jetzt Wowereits Zurückhaltung an. 2008 habe er nicht lautstark genug gegen städtischen Flugverkehr schießen können, während er jetzt gar nicht wahrnehmbar sei. Henkel und Friederici: „Das legt nahe, dass es ihm damals wie heute gar nicht um Lärm ging. Wer Cessnas bekämpft, aber



Bildschirmfoto der Seite der Deutschen Flugsicherung, auf der An- und Abflüge in Echtzeit verfolgt werden können (in Rot: überlagerte Grafik der aktuell diskutierten Flugrouten, Grafik BR)

zusätzliche Jumbojets über Berlin unwidersprochen duldet, der nimmt sich selbst nicht ernst.“ Der Generalsekretär der CDU Berlin, Bernd Krömer, betont die rechtliche Situation: „Es eilt. Wenn erst einmal die Routenvorschläge der DFS feststehen und diese dann vom Luftfahrt-Bundesamt als Rechtsverordnung bekannt gemacht werden, sind die Routen nur sehr schwer – zumeist nur auf dem Klageweg – änderbar. Die Schließung Tempelhofs ist nun unumkehrbar, die Routenplanung zu BBI ist es hingegen noch nicht.“

Um es erst gar nicht zu juristischen Verwerfungen kommen zu lassen, bilden sich erste Bürgerinitiativen. An ihrer Seite die Vertreter der CDU aus den Bezirken. Der Kreisvorsitzende der CDU Steglitz-Zehlendorf, Michael Braun, etwa zeigt sich entschlossen: „Wir stehen an der

Seite der Anwohner. Direkt nach Bekanntwerden der Flugrouten haben wir das in Zeitungsanzeigen deutlich gemacht. Seitdem überhäuft man uns mit Unterstützungswünschen. Ich bin mir sicher, dass der Druck der Menschen so hoch wird, dass die Verantwortlichen handeln werden. Zu Weihnachten ist das Thema erledigt.“ Und der Bezirksbürgermeister Norbert Kopp (CDU) erklärte nach einem Gespräch mit der Bürgerinitiative in Steglitz-Zehlendorf: „Wir haben die gleichen Interessen.“



# Aus dem Bundestag



## Wegner bleibt im Gespräch mit Polizei-Gewerkschaft



Ende August empfing der Vorsitzende der Landesgruppe Berlin in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Kai Wegner, den neuen Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin, Michael Purper, im Bundestag. Der regelmäßige Dialog ist für Kai Wegner Herzenssache. Bereits mit dem ehemaligen Vorsit-



zenden Eberhard Schönberg gab es regelmäßige Gespräche. Michael Purper und Kai Wegner waren sich einig, dass die Berliner

Polizei nicht weiter als Sparbüchse des Landes erhalten dürfe. Die Innere Sicherheit sei inzwischen erheblich gefährdet und die Motivation bei den Kolleginnen und Kollegen auf das Äußerste angespannt. Michael Purper begrüßte Wegners Initiative für eine Strafverschärfung bei Übergriffen auf Polizeibeamte. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich inzwischen ebenfalls für eine Strafverschärfung ausgesprochen und will eine entsprechende Gesetzesinitiative noch in dieser Wahlperiode auf den Weg bringen.

## Monika Grütters und CDU-Mitglieder zu Besuch bei



Im Rahmen ihrer „Kulturgespräche“ lud Monika Grütters während der parlamentarischen Sommerpause zu einer exklusiven Führung durch die Frida Kahlo-Ausstellung ein.

Die Ausstellung erfreute sich großer Beliebtheit beim Publikum. Vom Tag der Eröffnung an bildeten sich vor dem Martin-Gropius-Bau täglich lange Schlangen. Nicht von der Wartezeit betroffen waren 30 kulturinteressierte CDU-Mitglieder, die an einer von Monika Grütters



organisierten exklusiven Führung mit dem Direktor des Martin-Gropius-Baus, Dr. Gereon Sievernich, teilnahmen. Die Werke Frida Kahlos beeindruckten die Besu-

cher und auch Monika Grütters, Vorsitzende des Kulturausschusses im Deutschen Bundestag: „Ich bin sehr dankbar für die Möglichkeit, die Frida Kahlo – Ausstellung mit einem Fachmann wie Gereon Sievernich besuchen zu können.“

## „JU goes Europe“



Im Juni folgte die JU Steglitz-Zehlendorf der Einladung des Wahlkreisabgeordneten Karl-Georg Wellmann nach Straßburg. Dem Besuch des Europäischen Zentrums für Verbraucherschutz folgten eine Visite beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, ein Besuch bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, sowie dem Hauptquartier des Euro-Corps. In allen Institutionen standen den jungen



Berlinern fachkundige Referenten in lebhaften Diskussionsrunden Rede und Antwort. Eine Stadtführung und eine Fahrt

durch die Weinberge im Elsass gehörten ebenso zum Programm wie der Besuch des Straßburger Münster.

Gespräche und Diskussionen mit Karl-Georg Wellmann rundeten das Programm ab.

## Kommt das Kind nicht zur Schule, kommt das Geld



Die Neuköllner Abgeordnete Stefanie Vogelsang will Eltern von Dauerschulschwänzern die Hartz-IV-Leistungen um bis zu 30% kürzen. „Es ist selbstverständliche Pflicht der Eltern, für den Schulbesuch ihrer Kinder zu sorgen. Wenn Eltern bis Mittag im Bett liegen und so verhindern, dass ihre Kinder lernen können, sind Sanktionen im Interesse der Kinder notwendig“, sagte die frühere Stellv. Bezirksbürgermeisterin von Neukölln. Vogelsang hatte in einem Brief an Bundesarbeitsministerin



von der Leyen angeregt, die Sanktionen jetzt für 2011 im Rahmen der Regelsatzanpassung ins Gesetz einzuarbeiten. Unterstützung erhält Vogelsang von der Unions-Arbeitnehmergruppe und auch von Fraktionschef Volker Kauder. Dieser sagte nach einem Besuch in Neukölln: „Hier lässt der rot-rote Senat zu, dass Hunderte von Kindern nicht in die Schule gehen. Es wird nichts unternommen. Man muss über geeignete Maßnahmen gegen Eltern nachdenken. Wer so etwas duldet, der versündigt sich an den Zukunftschancen der Kinder.“

## Steffel: Berlin soll Chipkarten-Modellstadt werden



Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen möchte eine Gutscheine-Chipkarte einführen, damit Kinder von Hartz-IV-Empfängern zukünftig gezielter gefördert werden. Die Chipkarte soll für Nachhilfe-, Sport- und Kultur-Angebote genutzt werden. Der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete Frank Steffel



schlägt nun vor, bereits im Januar in der Hauptstadt einen großflächigen Modellversuch zu starten. Gegenüber dem „Tagesspiegel“ sagte Steffel: „Berlin braucht diese Chipkarten dringend“. Mehr als 170.000 Kinder leben hier von Hartz IV. Das sind 37 Prozent, bundesweit traurig-einsame Spitze. „Alleine diese Zahlen sind Grund genug, in Berlin mit dem Projekt starten. Wir dürfen diese Kinder nicht aufgeben. Mit der Chipkarte können viele von ihnen wieder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen“, so Steffel, der im Bundestag Mitglied im Finanz- und im Sportausschuss ist.

## Gut „behütet“ auf den Schulweg



Dr. Jan-Marco Luczak, MdB, gratulierte den Erstklässlern seines Wahlkreises Tempelhof-Schöneberg zur Einschulung. Zudem schenkte er den jungen Schülern farbige Schirmmützen, damit sie auf dem Schulweg besser von Autofahrern erkannt werden. Mit den Eltern diskutierte er das Versagen des rot-roten Senats in der Schulpolitik. Trotz vielfältiger Appelle habe Schulsenator Zöllner Reformen durchgesetzt, die schlecht vorbereitet und vor allem mit zu wenig Personal ausgestattet waren. So fehlen dem Konzept des jahrgangsübergreifenden Lernens und der Sekundarstufe die notwendigen Rahmenbedingungen. Luczak erklärte, die CDU habe mehrfach vergebens die Abschaffung des Zwangs der Jahrgangsmischung gefordert. Er wies die Eltern auf das „Berliner Modell“ hin, mit dem die CDU eigene - von Experten gelobte - Vorschläge für eine Schulreform unterbreitet habe.



# DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

## GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

### Reinickendorf

Großkopffstraße 6-7, 13403 Berlin  
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53  
Email: [info@cdu-reinickendorf.de](mailto:info@cdu-reinickendorf.de)  
Internet: [www.cdu-reinickendorf.de](http://www.cdu-reinickendorf.de)

### Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin  
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23  
Email: [info@cdu-spandau.de](mailto:info@cdu-spandau.de)  
Internet: [www.spandau-partei-cdu.de](http://www.spandau-partei-cdu.de)

### Charlottenburg-Wilmersdorf

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin  
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50  
Email: [info@city-cdu.de](mailto:info@city-cdu.de)  
Internet: [www.city-cdu.de](http://www.city-cdu.de)

### Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin  
Tel.: 791 17 89, Fax: 797 011 71  
Email: [kontakt@cdu.sz.de](mailto:kontakt@cdu.sz.de)  
Internet: [www.cdu.sz.de](http://www.cdu.sz.de)

### Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin  
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74  
Email: [cdu\\_tempelhof@t-online.de](mailto:cdu_tempelhof@t-online.de)  
Internet: [www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de](http://www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de)

### Mitte

Levetzowstr. 10, 10555 Berlin  
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144  
Email: [cdukv0509@aol.com](mailto:cdukv0509@aol.com)  
Internet: [www.cduberlinmitte.de](http://www.cduberlinmitte.de)

### Neukölln

Donaustr. 100 , 12043 Berlin  
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41  
Email: [info@cdu-neukoelln.de](mailto:info@cdu-neukoelln.de)  
Internet: [www.cdu-neukoelln.de](http://www.cdu-neukoelln.de)

### Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin  
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377  
Email: [kgs@cdupankow.de](mailto:kgs@cdupankow.de)  
Internet: [www.cdupankow.de](http://www.cdupankow.de)

### Lichtenberg

Siegfriedstr. 204 C, 10365 Berlin  
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928  
Email: [cdu-lichtenberg@t-online.de](mailto:cdu-lichtenberg@t-online.de)  
Internet: [www.cdulichtenberg.de](http://www.cdulichtenberg.de)

### Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

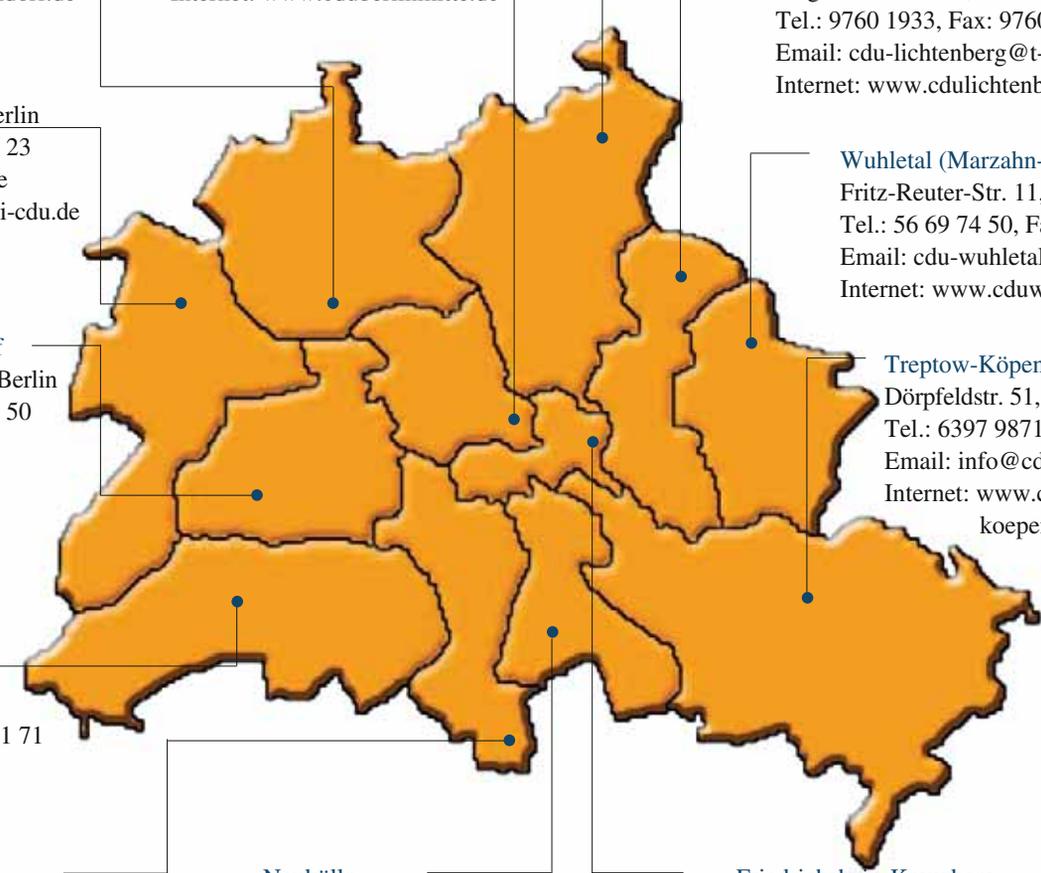
Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin  
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55  
Email: [cdu-wuhletal@t-online.de](mailto:cdu-wuhletal@t-online.de)  
Internet: [www.cduwuhletal.de](http://www.cduwuhletal.de)

### Treptow-Köpenick

Dörfeldstr. 51, 12489 Berlin  
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872  
Email: [info@cdu-tk.de](mailto:info@cdu-tk.de)  
Internet: [www.cdu-treptow-koepenick.de](http://www.cdu-treptow-koepenick.de)

### Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin  
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582  
Email: [cdukv0502@aol.com](mailto:cdukv0502@aol.com)  
Internet: [www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de](http://www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de)



## Adventskonzert der CDU 2010

Nach dem großen Erfolg unseres Adventskonzertes im vergangenen Jahr und auf vielfachen Wunsch der Mitglieder und Freunde der Berliner CDU laden wir Sie auch in diesem Jahr ganz herzlich zur gemeinsamen musikalischen Einstimmung auf die gesegneten Weihnachtsfeiertage ein.

am 17. Dezember 2010, 19.30 Uhr  
in der St. Hedwigs-Kathedrale  
Bebelplatz, 10117 Berlin - Mitte



*Bitte merken Sie sich diesen Termin schon heute vor. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.*

# Union vor Ort

## Ein Rendezvous mit der Geschichte

Seit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 bis zu ihrem Fall am 9. November 1989 war Berlin die einzige geteilte Stadt Deutschlands. Viele ließen bei dem Versuch, aus der DDR zu fliehen, ihr Leben, noch mehrere wurden wegen „versuchter Republik-



flucht“ lange Jahre inhaftiert. Mit einer Vernissage, Lesung und Diskussion hat die Berliner CDU zum diesjährigen Jahrestag des Mauerbaus einen besonderen Blick auf



unsere Stadt und die Folgen ihrer Teilung geworfen. Zum Auftakt der Gedenkveranstaltung präsentierte die Künstlerin **Brigitta Osterland** ihre Werke. Im Anschluss las der Journalist **Constantin Hoffmann** aus seinem Buch „Ich musste raus. 13 Wege aus der DDR“. Auch einige der Zuhörer berichtete bei der darauf folgenden Diskussion mit dem Autor sowie dem ehemaligen Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, **Prof. Dr. Manfred Wilke**, von ihren Erfahrungen. Die von dem stellvertretenden Lan-



desvorsitzenden **Michael Braun** geleitete Diskussion machte auch deutlich, wie andere Nationen ihre Gedenkkultur pflegen. So bezeichnen Franzosen ihre Gedenktage als „Rendezvous“.

## Solidarität mit der Bundeswehr

Während der September-Sitzung der Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung haben die **27 Mitglieder der CDU-Fraktion** eine gelbe Schleife am Revers getragen, das Symbol für Solidarität mit den im Auslandseinsatz befindlichen Bundeswehrkräften. „Mit den gelben Schleifen setzen wir aus der Mitte der Gesellschaft heraus ein politisches Zeichen der Solidarität und Verbundenheit mit den Soldatinnen und Soldaten, die im Ausland ihren Kopf für uns



hinhalten“, erklärt CDU-Fraktionschef **Jörn Jakob Schultze-Berndt**. Der Bezirk Reinickendorf unterhält seit vielen Jahren eine Partnerschaft mit der 7. Kompanie des Wachbataillons mit Sitz in der Julius-Leber-Kaserne.

## Sommerfest der Frauen-Union 2010

Zum traditionellen Sommerfest der Frauen-Union der CDU Berlin kamen zum Ende der Sommerferien wieder gut 400 Mitglieder und Gäste, um sich bei bestem Sommerwetter im Hans-Rosenthal-Haus in Steglitz-Zehlendorf über die politische Entwicklung auszutauschen. Zahlreiche Mandats- und Funktionsträger boten sich zu Gesprächen mit der Basis an. Die Landesvorsitzende der Frauen-Union **Edeltraut Töpfer** hob in ihrer Eröffnungsrede



besonders die Erfolge der Bundesregierung für den Arbeitsmarkt hervor. Deutschland sei wesentlich besser durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen als vergleichbare Länder. Dies sei der besonnenen Art der Bundeskanzlerin Angela Merkel zu verdanken, Probleme anzugehen und Entscheidungen zu treffen. Der Landesvorsitzende der CDU **Frank Henkel** stimmte die Mitglieder auf das kommende Wahljahr ein, in dem es gilt, den rot-roten Senat abzulösen.

## Weinbau in Berlin?

Ein Programm der Max-von-Laue-Oberschule macht es möglich. Auf dem Sommerfest der CDU Steglitz-Zehlendorf versteigerten Schüler Weinflaschen, um ihr Projekt zu finanzieren, ein schöner dreistelliger Betrag kam zusammen. Elternvertreter berichteten über Probleme der Schulstrukturreform und den chaotischen Schulanfang mit Leh-



termangel und übergroßen Klassen. **Frank Henkel** und **Michael Braun** kritisierten bei ihren kurzen Grußworten die Planungsfehler im Hause Zöllner, die verkorkste Schulpolitik des rot-roten Senates werde auf dem Rücken der Schüler ausgetragen. Auch der Chaoten-Anschlag auf die CDU-Kreisgeschäftsstelle wurde heftig diskutiert, seine Auswirkungen waren immer noch sichtbar. Für die Anwesend ist dieser Angriff auf Sachen in Wahrheit ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und die Rechtsstaatlichkeit.

## Russischer Erfolgsautor in Berlin

Ende September las der russische Schriftsteller Wladimir Sorokin auf Einladung des Vizepräsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, **Dr. Uwe Lehmann-Brauns** (CDU), aus seinem Roman „Zuckerkreml“; ein furioses Sittenge-



mälde von Russlands Starautor: ein literarischer Extrakt aus Wodka, Schnee und Blut – mit sechs Löffeln Zucker, wie der Verlag meint.

## Vorankündigung: Verplante Chancen oder genutzte Perspektiven?

Zwischen Hauptbahnhof und Westhafen erhält Berlin ein neues Gesicht. Aber welches Profil wird diese bisherige Brache inmitten der Hauptstadt erhalten? Wohnen, Wirtschaft, Freizeit – gibt es ein einheitliches, überzeugendes Kon-



zept und wie soll dieses Konzept umgesetzt werden? Auf Einladung des **Kreisverbandes Mitte** wird mit Experten, Planern, Betroffenen und Politikern dazu quasi am Ort des Geschehens diskutiert: Mittwoch, 29. September 2010, 18 Uhr; Casino der deutschen Bahn, Hauptbahnhof, Europaplatz 1, 10557 Berlin; (Eingang rechts neben dem Bahnhofseingang)

# FEIERSTUNDE 20 JAHRE CDU BERLIN



Am 08. September 1990 war es soweit: „Das ersehnte Ende eines Alptraums“ titelte die „Berliner Rundschau“ - und meinte damit die Vereinigung der Berliner CDU aus dem Ost- und dem Westteil der Stadt, die an diesem Tage in der Kongresshalle am Alexanderplatz mit dem 1. Landesparteitag vollendet wurde.

Anlässlich des 20. Jahrestages trafen sich auf Einladung des CDU Landes- und Fraktionsvorsitzenden Frank Henkel die Akteure von damals. Neben den damaligen Landesvorsitzenden Eberhard Diepgen (West) und Dr. Eberhard

Engler (Ost) waren viele ehemalige Mandatsträger zu der kleinen Feierstunde erschienen. Natürlich durften neben ehemaligen Senatoren wie Prof. Dr. Rupert Scholz, Klaus Franke oder Dr. Volker Hassemer auch die ehemaligen „Generäle“ Joachim Zeller, Gerhard Lawrentz, Klaus-Rüdiger Landowsky und Wolfgang Sparring nicht fehlen. In ihren kurzen Ansprachen würdigten Henkel, Diepgen und Dr. Engler die Verdienste der CDU um die Einheit in der Vergangenheit, blickten aber auch auf die Zukunft der Stadt. Anschließend klang der Abend

bei vielen Gesprächen und dem Austausch von Erinnerungen als „Klassentreffen“ aus, wie viele der Anwesenden bemerkten. Mit dabei waren u.a.: Christa-Maria Blankenburg, Manfred Bode, Michael Braun, Mario Czaja, Prof. Dr. Klaus Finkelnburg, Reinhard Führer, Rainer B. Giesel, Dieter Hapel, Dr. Roland Jacob, Karl-Joachim Kierey, UHW-Vorsitzender Dieter Krebs, Generalsekretär Bernd Krömer, Dr. Elke Maes, Rudolf Müller, Fritz Niedergesäß, Barbara Saß-Vieweger, Heinz-Victor Simon, Gabriele Wiechatzek und Konrad Wilczek.

**Alter schützt vor Aufregung nicht. Hans-Joachim (Hajo) Boehm ärgerte sich unlängst darüber, dass er wegen einer leeren Batterie die Reservierung für die Feier zu seinem 90. Geburtstag nicht über seinen Computer und das Internet erledigen konnte.**

Die aufregendste Zeit seines gesamten Lebens indes war ganz eindeutig der Wiederaufbau und der Aufbruch nach dem Krieg. Viele Ämter füllte der Träger des Verdienstordens der Bun-

desrepublik Deutschland in seiner politischen Laufbahn aus. Ob als sehr erfolgreicher Landesschatzmeister, als Bezirkstadtrat, als Senatsdirektor oder Mitglied des Abgeordnetenhauses – immer bestimmte der Einsatz für Berlin und die CDU einen großen Teil seines Lebens. So zum Beispiel, als er gemeinsam mit seinem Schwager Peter Lorenz und anderen 1971/72 die Berliner CDU zu einer modernen Bürgerpartei umgestaltete. Auf Berlin im Wandel der Jahrzehnte

angesprochen, entgegnet Hajo Boehm, da habe sich Berlin seit der Vorkriegszeit in der Weimarer Republik gar nicht soviel verändert. Nur sei das „Multikulti“ der 20er Jahre eher aus dem Zusammenwürfeln der verschiedenen deutschen Landsmannschaften entstanden, heute kämen die Menschen eben aus aller Welt. Die Berliner Rundschau wünscht Hajo Boehm, der bald 65 Jahre CDU-Mitglied ist, alles Gute und noch viele glückliche Jahre im Kreise seiner Familie!

## Herzlichen Glückwunsch, „Hajo“ Boehm!

Bilder aus einem bewegten politischen Leben:

Hajo Boehm (1) mit dem späteren schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme auf einen Studententreffen 1949/50, (2) im Gespräch mit Carl Zuckmayer 1949/50, (3) mit Heinrich Lummer beim Berliner Presseball, (4) auf dem Podium mit Rudolf Luster, (5) in der Zeit der Lorenz-Entführung 1975, (6) in der Diskussion mit dem späteren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Ernst Benda, (7) bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes, (8) bei einer Rede im Berliner Abgeordnetenhaus, (9) im Gespräch mit Eberhard Diepgen 1980, (10) mit Richard von Weizsäcker 1978, (11) bei einer Konferenz mit Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger, (12) im Portrait 1962, (13) bei einer Rede von Bundeskanzler Ludwig Erhard, (14) beim Neujahrsempfang der IHK Berlin 1980



# Bürgerlichkeit - Gemeinsinn, Patriotismus und Maßhalten

Die Berliner Parteien werden sich immer ähnlicher. Das gilt vor allem für Linke, SPD und Grüne. Wer wüsste sie heute unabhängig von ihren gegenläufigen Machtinteressen voneinander zu unterscheiden? Aber da ist noch die Berliner Union. Was unterscheidet sie grundsätzlich von jenen, ist es der Begriff „bürgerlich“?



Bürgerlichkeit heute hat wenig zu schaffen mit Bürgerlichkeit von anno dazumal. Der Begriff lebt in verschiedenen Wort- und Wertverbindungen wie Bürgerbeteiligung, Bürgerentscheid, Bürgerinitiative. Sie haben die Bedeutung von demokratisch, volksnah, ordnend, regelnd, parlamentarisch, mittig, gesetzestreu, widerständig. Der

Zeitgeist scheut sich, ihn mit dem Begriff Gesellschaft zu verbinden, formuliert lieber „Zivilgesellschaft“. Hätte auch die Union hier Berührungspunkte?

Zunächst geht es um die unwiderrufliche Verwurzelung der Gesellschaft in der parlamentarischen, rechtsstaatlichen Demokratie im Unterschied zu ihrer direkten Spielart. Das bedeutet konkret: Vorrang der parlamentarischen vor der Volksabstimmung. Nicht verhandelbar sind Bündnisse, Koalitionen, Identifikationen mit rechts- und linksradikalen Parteien, mit Tätern und Täterparteien, Extremisten und Populisten, ob Wagenknecht oder Wilders.

Die Lebensformen, vor allem in der Stadt, unterliegen einem ständigen Wechsel. Für Bürgerliche gäbe es Konstanten, die unverzichtbar sind. Sie bekennen sich zu Sekundärtugenden. Gerade auch in einer offenen, bunten Konsumgesellschaft. Dazu zählen Ordnung, die unverzügliche Anwendung geltender Normen, ferner Sicherheit als Voraussetzung von Freiheit, Beständigkeit bei der Verfolgung gesellschaftlicher Ziele, das Bewusstsein von Aufgaben und Pflichten dem Staat gegenüber. Die Anerkennung von Autorität, Kompetenz und persönlicher Bindung, die Abwehr von Filz- und Vetternwirtschaft, die Erziehung zu selbstbewussten Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen, ob mit oder ohne Migrantenhintergrund.

Auch Gemeinsinn und die Bereitschaft, ehrenamtlich tätig zu sein, sind Ausdruck eines aufgeklärten Bürgertums. Ferner das Maßhalten als inhaltliches Prinzip gegen Extremismus jeder Art, die Schonung menschlicher und natürlicher Ressourcen, das Bewusstsein für die gefährdete Natur – mitbegründet in den 70er Jahren vom Unionsmitglied Herbert Gruhl („Ein Planet wird geplündert“).

Maßhalten, auch ein abwägendes Prinzip, das im Idealfall mehrere Werte realisieren will. In diesem ständigen Versuch der Wertkombination unterscheidet sich eine bürgerliche Partei von „Einwertparteien“, die absolut auf soziale Sicherheit, Bio oder unumschränkte Marktfreiheit setzen.

Bürgerlich ist das Bekenntnis zum Leistungsprinzip als Funktion der Freiheit, begrenzt durch Demokratie, Sozialstaat, Umweltschutz. Kultur gehört dazu. Menschen mit Kultur sind weniger anfällig für politische Demagogie. Dito Bildung. Der Bildungsbürger ist keine Karikatur, sondern ein aktuelles Ziel für alle.

Bürgerlich sein heißt, zugleich sozial gerecht und wirtschaftsfreundlich, patriotisch und kosmopolitisch denken. Der sogenannte Verfassungspatriotismus, der den Wert der Nation leugnet, erreicht nur wenige. Die meisten Menschen sind ihrer Herkunft, ihrer privaten Beziehung, ihrer Familie, ihrem Kiez, ihrem Klub, ihrer Kirche, ihrer Stadt, ihrem Land, ihrem Kontinent jeweils verbunden. Diese Bindungen zu leugnen ist gegen die menschliche Natur. Sie sind der Kitt der bürgerlichen Gesellschaft, schaffen Identifikation und Verantwortung.

Bürgerlich leben heißt geschichtsbewusst leben und anzuerkennen, dass Politik Wertverwirklichung ist. Bürgerlich leben heißt deshalb auch, sich der Politik zuzuwenden, denn: „Wer gegen die Politik ist, ist für die Politik, die mit ihm gemacht wird“ (Brecht). Doch es gilt für die Union wie auch für die Grünen, die sich heute teilweise als „bürgerlich“ empfehlen: „Bürgerlich“ ist schneller gesagt als verinnerlicht.

Der Autor, Dr. Uwe Lehmann-Brauns, ist Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses und Mitglied der CDU-Fraktion

## HERAUSGEBER UND HERSTELLUNG

CDU-Landesverband Berlin,  
Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin  
Tel.: 030 - 32 69 04-0 • Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONSLEITUNG:  
Frank Henkel

CHEFREDAKTEUR:  
Dirk Reitze

REDAKTION:  
Ada Wendel, Melanie

Groll, Frank Marten

LAYOUT und PRODUKTION:  
BerlinMedia GmbH

BILDNACHWEIS  
von oben links nach unten rechts:  
S. 1: 3xReitze, Maurer;  
S. 2: Reitze, Liefländer  
; S. 3: Reitze; Seite 4: Maurer;  
S. 5: Reitze; S. 7: CDU Deutschland,  
Conrad.Adenauer-Stiftung;

S. 8/9: Reitze; S. 11: privat; S. 13: Reitze,  
privat; S. 14: Reitze, privat;  
S. 15: privat; S. 16: Reitze

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal

# KBB



**Fit für das Mandat:  
Hilfe aus der Praxis  
für die Praxis**

**Hier finden Sie das  
aktuelle Programm  
[www.kbb-berlin.de](http://www.kbb-berlin.de)**

**Und so erreichen  
Sie uns:**

**Kommunalpolitisches  
Bildungswerk  
Berlin e.V. (KBB)  
Paul-Lincke-Ufer 8b  
10999 Berlin  
Tel. (030) 204 509 32**

**[info@kbb-berlin.de](mailto:info@kbb-berlin.de)**

**Der KBB-Vorstand:  
Tim-Rainer Bornholt  
Jürgen Vogt  
Volker Liepelt  
Verena Butalikakis  
Frank Henkel**



# **EINLADUNG**

## **Regionalkonferenz der CDU Deutschlands**

für die Landesverbände Berlin und Brandenburg

am Freitag, dem 15. Oktober 2010

19:00 Uhr

im Palais am Funkturm

Hammerskjöldplatz (Masurenallee)

14055 Berlin-Charlottenburg

(Fahrverbindung: U-Bhf. Theodor-Heuss-Platz U2, S-Bhf. Messe Nord/ICC Ringbahn)

Wichtige Entscheidungen für die Zukunft hat die christlich-liberale Koalition im ersten Jahr ihrer Regierung getroffen, weitere werden folgen. Im Vorfeld unseres Bundesparteitages vom 14. bis zum 16. November 2010 in Karlsruhe wollen die Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, und Generalsekretär Hermann Gröhe mit Ihnen über den weiteren Weg diskutieren.

Alle Mitglieder sind ganz herzlich eingeladen, daran teilzunehmen und sich an der Diskussion zu beteiligen.

*Beginn: 19:00 Uhr*

### *Tagungsfolge*

- |   |   |
|---|---|
| 1. Begrüßung und Eröffnung<br>Frank Henkel MdA,<br>Vorsitzender der CDU Berlin              | 4. Aussprache<br>Moderation: Frank Henkel<br>MdA,<br>Vorsitzender der CDU Berlin  |
| 2. Rede<br>Bundeskanzlerin Dr. Angela<br>Merkel MdB,<br>Vorsitzende der CDU<br>Deutschlands | 5. Zusammenfassung und<br>Schlusswort<br>Bundeskanzlerin Dr. Angela<br>Merkel MdB,<br>Vorsitzende der CDU<br>Deutschlands |
| 3. Bericht<br>Hermann Gröhe MdB,<br>Generalsekretär der CDU<br>Deutschlands                 |   |

**Anmeldung bitte unter 030 – 220 70 416!**

**INFO-  
COUPON**

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ

Telefon

eMail

Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin:  
Senden Sie mir Informationsmaterial zu!

Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden:  
Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Kleiststraße 23-26 • 10787 Berlin  
Tel.: 030.32.6904-0 • Fax: 030.32.6904-44 • cduberlin@cduberlin.de

# Mitmachen. **CDU**